

"Wir sind mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz und mit der Antiterrordatei gut aufgestellt"

Auszug aus einem Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble mit der Passauer Neuen Presse (PNP) vom 09.10.2006

Auszug aus dem Interview mit der PNP
(...)

Sie haben die Amnestie für illegale Einwanderer in Spanien einen großen Fehler genannt. Demnächst beraten die Innenminister der Länder, wie Altfälle in Deutschland legalisiert werden können. Was ist da Ihr Ziel?

Schäuble: Die spanische Problematik kann man überhaupt nicht mit der deutschen Situation vergleichen. Die Spanier hatten zunächst falsch reagiert, inzwischen machen sie es richtig und schicken illegale Einwanderer zurück in ihre Heimat. Bei uns geht es nicht um Menschen, die vor sechs Wochen gekommen sind, sondern um Ausländer, die zum Teil vor zehn Jahren kamen, die keine Daueraufenthaltsberechtigung haben, aber aus rechtlichen Gründen auch nicht abgeschoben werden können. Diese Menschen haben zum Teil Kinder, die hier geboren sind, die hier zur Schule gehen. Die niemals im Land ihrer Eltern gelebt haben. Wir müssen vermeiden, dass rechtswidriges Verhalten nachträglich belohnt wird, aber wir haben etwa 180.000 Menschen, die geduldet sind und nicht abgeschoben werden können. Da ist es doch besser, sie arbeiten zu lassen. Sonst fallen sie dem Sozialsystem zur Last. Das wollen sie selbst nicht und das kann niemand wollen.

Die Zahl der Flüchtlinge aus Afrika schwillt an, über dem Mittelmeer kreisen auch deutsche Hubschrauber. Bald können die europäischen Grenzen schon vom Weltraum aus bewacht werden. Bekommen wir Verhältnisse wie an der Grenze der USA zu Mexiko?

Schäuble: Ich glaube das nicht. Und die zwei Hubschrauber der Bundespolizei fliegen beim „Nautilus Einsatz“ nicht nur zur Überwachung, die retten Menschen vor dem Ertrinken und übergeben sie dann den italienischen oder maltesischen Behörden. Wir müssen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen. Aber bis wir Lösungen gefunden haben, dürfen wir nicht zusehen, wie die Menschen im Mittelmeer einfach ertrinken. Wir werden uns, auch in unserer Präsidentschaft in der EU, für eine kohärente Politik einsetzen, die illegale Migration bekämpft, die sich aber vor allem darauf konzentriert, im Zusammenwirken mit den Herkunfts- und den Durchgangsländern die Probleme besser zu lösen.

Die europäischen Innenminister wollen versuchen, das Informationssystem SIS I nachzurüsten, damit Polen und Tschechien wie geplant schon im Herbst 2007 dem Schengener Abkommen beitreten können. Sind sie darüber glücklich?

Schäuble: Die neuen Mitgliedsländer wollen natürlich keine Verzögerung, das muss man auch verstehen. Die haben große Vorbereitungen getroffen, um dem Schengen-Abkommen beizutreten. Wir wollen den Zeitplan nicht torpedieren. Aber es ist ganz klar: Wenn ich die Binnengrenze nicht mehr kontrolliere, muss die Außengrenze entsprechend sicher bewacht werden. Der Standard muss gewährleistet sein und funktionieren, da gibt es keine Abstriche, das haben Günther Beckstein und ich am Donnerstag in Luxemburg fast wortgleich gesagt. Und die Kollegen haben das verstanden und zugesagt.

Die Terrorgefahr ist latent. Bisher haben wir in Deutschland ja Glück gehabt.

Schäuble: Nicht nur Glück! Wir haben gute Polizeien der Länder, der Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt sind gut, die Zusammenarbeit zwischen den Behörden ist besser geworden. Wir haben jetzt erreicht, was Rot-Grün in sieben Jahren nicht geschafft hat: eine Einigung über die Anti-Terror-Datei. Das war ein wichtiger Schritt. Wir haben alle Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern im gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin. Die arbeiten sehr intensiv. Es ist nicht nur Glück. Dass bei der Fußball-WM alles so friedlich blieb, war auch nicht nur Glück. Es war einfach eine tolle Arbeit.

Gibt es noch ein Projekt zur Terrorabwehr, das Sie bis zum Ende der Legislaturperiode durchsetzen wollen. Etwa den Einsatz der Bundeswehr im Inland?

Schäuble: Wir sind mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz und mit der Antiterrordatei gut aufgestellt. Wir haben noch ein paar Punkte, die wir in Europa besser regeln müssen. Und dann ist im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von der See natürlich jene Mittel einsetzen müssen, die alleine in der Lage sind, solche Gefahren abzuwehren. Das ist nun mal die Bundeswehr. Darüber müssen wir uns verständigen. Und das werden wir auch tun.